

Fraktionsanfrage SP betreffend Opferhilfe Graubünden (Erstunterzeichnerin Rutishauser)

Wer durch Straftaten, psychische oder körperliche Gewalt sowie sexuelle Übergriffe betroffen ist, benötigt wirksame Unterstützung. Noch besser ist es, wenn solche Taten verhindert werden können. Die Opferhilfe Graubünden hat die wichtige Aufgabe, Betroffene zu unterstützen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder Herkunft. Sie hat aber auch die Aufgabe, präventiv und sensibilisierend tätig zu sein.

Wie einer Medienmitteilung zu entnehmen war, sind die Fallzahlen der Opferhilfe in Graubünden 2023 deutlich angestiegen. Insgesamt 869 Personen, 191 davon minderjährig, wurden selbst oder in Vertretung durch Bezugspersonen beraten. Praktisch die Hälfte aller Meldungen stand im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, sexuelle Gewalt machte 24 Prozent der Fälle aus, Körperverletzung 35 Prozent. Naturgemäss kommen diese und weitere Gewalttaten in unterschiedlicher Konstellation vor.

Positiv formuliert kann gesagt werden, dass 869 Menschen geholfen werden konnte.

Allerdings suchten nur 125 der Betroffenen selbst Unterstützung. Dies deutet darauf hin, dass vielen Menschen der Zugang oder die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme der Hilfe zu hoch ist und die bekannten Zahlen nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Angesichts der steigenden Beratungszahlen und der zunehmenden Komplexität der Fälle stellt sich die Frage, ob Auftrag, Kompetenzen und Ressourcen den Bedürfnissen an eine wirkungsvolle Opferhilfe zu entsprechen vermögen.

Von der Regierung erwarten wir das klare Bekenntnis zur Bereitschaft, die Opferhilfe in jeder Hinsicht so zu stärken, dass deren Wirksamkeit nachhaltig gestärkt wird.

Vor diesem Hintergrund richten wir folgende Fragen an die Regierung:

1. Was unternimmt der Kanton, um Kompetenzen, personelle und finanzielle Ressourcen der Opferhilfe deutlich zu erhöhen und ihre Wirksamkeit sowie ihren Handlungsspielraum massiv zu stärken?
2. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Opferhilfe in alle relevanten Präventions- und Aufklärungsprozesse eingebunden wird, um ihre Wirkung langfristig zu erhöhen?
3. Welche Schritte plant die Regierung, um den Bekanntheitsgrad der Opferhilfe bei Betroffenen und der breiten Öffentlichkeit zu steigern?
4. Wie wird sichergestellt, dass Präventionsmassnahmen und Öffentlichkeitsarbeit flächendeckend in allen Regionen Graubündens durchgeführt werden können?
5. Welche zusätzlichen Angebote plant der Kanton, damit Betroffene im gesamten Kanton wirkungsvolle physische, psychische und rechtliche Hilfe erhalten können?

Chur, 5. Dezember 2024

Rutishauser, Hoch, Bischof, Atanes, Bachmann, Bardill, Baselgia, Biert, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Cahenzli-Philipp, Degiacomi, Dietrich, Gartmann-Albin, Gredig, Kaiser, Kreiliger, Mazzetta, Müller, Nicolay, Preisig, Rettich, Rusch Nigg